



Andreas Meier
Warum der Nationalrat
in der Westsahara
war. Region

Donnerstag, 30. Januar 2025

AZ 5001 Aarau | Nr. 24 | 30. Jahrgang | Fr. 4.50 aargauerzeitung.ch

Bundesrat will Adoptionen von ausländischen Kindern verbieten

Adoptiveltern fühlen sich vor den Kopf gestossen – Experten sagen, Missbräuche seien nie auszuschliessen.

Annika Bangerter

Es ist ein düsteres Kapitel der jüngeren Schweizer Geschichte, das gestern geschlossen wurde: Der Bundesrat verbietet künftig internationale Adoptionen. Er reagiert damit auf eine missbräuchliche Praxis in der Vergangenheit. Vor allem in den 1980er- und 1990er-Jahren sind Tausende von Kindern zwecks einer Adoption in die Schweiz eingereist. Diese Kinder sind heute erwachsen. Vie-

le stellen Fragen zu ihrer Herkunft – und finden keine Antworten. Deswegen hatte der Bundesrat eine unabhängige Expertengruppe beauftragt, die aktuelle Praxis und eine allfällige Gesetzesrevision zu prüfen. Diese Expertengruppe kommt zum Schluss, dass selbst mit einem revidierten und strengen Adoptionsrecht Missbräuche nicht komplett auszuschliessen seien.

An der gestrigen Medienkonferenz wählte Justizminister Beat Jans dazu

deutliche Worte: «Es gibt kein Recht auf ein Kind, aber es gibt ein Recht auf die Kenntnis der eigenen Abstammung. Das ist ein Menschenrecht.»

Mitte-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt ist das viel zu radikal. Er hat letztes Jahr einen behinderten Buben aus Armenien adoptiert und sagt: «Der Entscheid orientiert sich an der Vergangenheit. Die heutigen Adoptionen haben einen ganz anderen Hintergrund.» Und stark verunsichert ist ein künftiger

Adoptivvater, der die Zusage der Schweizer Behörden für ein Mädchen aus Burkina Faso schon erhalten hat.

Die Auslandsadoptionen sind stark rückläufig. Derzeit seien es noch rund dreissig Fälle pro Jahr, teilt das Bundesamt für Justiz mit. 110 Dossiers sind aktuell in Bearbeitung. Es können aber mehr sein, da bei den Nicht-Vertragsstaaten des Haager Adoptionsübereinkommens die Kantone zuständig sind. **Schwerpunkt**

Kommentar

In der Sache hat Merz recht

Was Friedrich Merz, der deutsche Oppositionsführer, am Mittwoch im Bundestag inszenierte, war ein Wahlkampfstunt: Seine Vorschläge zur Asylpolitik, die von einer Mehrheit angenommen wurden, sind rechtlich nicht bindend. Dass die AfD mit Merz' Union stimmte, empörte SPD und Grüne. Der CDU-Chef kooperierte mit den Rechtsradikalen, behaupteten sie, obschon Merz auf Absprachen mit Alice Weidels Partei verzichtet hatte.

Indem sie redeten, als stünde der Faschismus vor der Tür, ersparten es sich die linken Parteien, darüber nachzudenken, ob Merz' Ideen womöglich in die richtige Richtung weisen. Es ist ja nicht so, dass der Oppositionsführer plötzlich durchgeknallt wäre und nun eine Politik à la Trump oder Herbert Kickl betreiben würde. Eine Umsetzung von Merz' Vorstellungen würde eine Rückkehr zur europäischen Normalität bedeuten: zu einer verantwortungsvollen Asylpolitik, wie sie auch die Bundesrepublik betrieben hatte, bevor Angela Merkel die Grenzen öffnete.

Wollen sie den weiteren Aufstieg der AfD stoppen, werden die übrigen Parteien um Verschärfungen in der Asylpolitik nicht herumkommen. Auf die Grünen wird Merz auch in Zukunft kaum zählen können: Sie fordern selbst jetzt noch Erleichterungen beim Familiennachzug und erweisen sich damit als migrationspolitische Geisterfahrer. So muss Merz darauf hoffen, dass bei der SPD nach der Wahl Realismus einkehrt. Ein Blick nach Dänemark zeigt, dass auch Sozialdemokraten Härte in der Migrationspolitik zeigen können.

Merz bringt Antrag mit AfD-Stimmen durch

Asylpolitik Tumultartige Zustände herrschten am Mittwochabend im Deutschen Bundestag, nachdem eine Mehrheit einen Antrag der Christdemokraten zur Asylpolitik angenommen hatte. Dass auch die AfD für den CDU-Entwurf stimmte, sorgte unter linken Abgeordneten für Empörung.

Das Papier, das rechtlich nicht bindend ist, sieht Verschärfungen vor. CDU-Chef Friedrich Merz, so erklärten Abgeordnete von SPD, Grünen und Linkspartei, habe die Zustimmung der Rechtsradikalen in Kauf genommen. Merz kritisierte seinerseits die Regierungsparteien SPD und Grüne, die mit Verweis auf die AfD Reformen in der Migrationspolitik verhindern wollten. (hfin) **Kommentar rechts Ausland**

Viele Aargauer kämpfen mit der Sucht

Suchthilfe Die neue Statistik der Aargauer Suchthilfe für das Jahr 2024 zeigt: Sowohl die Präventionsangebote als auch die Suchtberatung waren im vergangenen Jahr bei Betroffenen sehr gefragt. Zwar hat die Suchthilfe weniger Personen beraten als im Vorjahr. Im Vergleich zu 2018 handelt es sich dennoch um eine deutliche Zunahme. Während die Beratungen in den Bereichen Alkohol und Cannabis etwas zurückgingen, stieg die Nachfrage bei Verhaltensstörungen deutlich an. Insbesondere Fälle von exzessivem Medienkonsum haben zugenommen. Ein möglicher Grund dafür ist die gestiegene psychische Belastung, denn: Mit Games oder Social Media kann man sich gut von Problemen ablenken. (mn) **Region**

Der andere Mann



Der Schriftsteller Thomas Mann durchbricht seine bürgerliche Fassade als queerer Mann mit lackierten Fingernägeln und rosa Kleidchen. Im Biopic «Die Bekenntnisse des Hochstaplers Thomas Mann» verweben sich Fakten und Fiktion. Doch warum interessieren uns Spielfilme über Berühmtheiten so sehr? **Kultur & Leben** Bild: Vinca Film



Hansjörg Friedrich Müller, Berlin
hansjoerg.mueller@chmedia.ch

Wann Pornografie zu einer Straftat wird

Justiz Ein Pädophiler, der Tausende Filme herunterlädt und seine Fantasien mit Gleichgesinnten austauscht. Und ein Kita-Betreuer, der auf Snapchat ein Video in einer Gruppe postet: Zwei Aargauer Fälle zeigen, was man unter dem Delikt Pornografie versteht und dass eine Verurteilung nebst Haft ein Tätigkeitsverbot und einen Landesverweis bedeuten kann. (kob) **Region**